

TERMINE
Nicht vergessen!!

KOMMUNALWAHL 2014

- Wir laden alle Kitzinger herzlich ein
- FREITAG, 24.01.2014**
19:30 Uhr KT-Siedlung im SSV Heim
 - FREITAG, 31.01.2014**
19:30 Uhr Etwashausen im Bayernheim
 - FREITAG, 07.02.2014**
19:30 Uhr Hoheim im Sportheim
 - FREITAG, 14.02.2014**
19:30 Uhr Hohenfeld Gaststätte Rotes Roß
 - FREITAG, 21.02.2014**
19:30 Uhr Sickershausen Gaststätte Goldener Löwe
 - FREITAG, 28.02.2014**
19:30 Uhr Repperndorf Gaststätte Stadt Kitzingen

MITTWOCH, 05.03.2014
19:30 Uhr KT-Innenstadt Hotel Deutsches Haus

Informieren Mitreden Mitbestimmen

www.kik-kitzingen.de

IMPRESSUM
KIKERIKI
Einzige unabhängige und kostenlose Zeitung für den kritischen Bürger. Zu Risiken beim Lesen sowie zu Nebenwirkungen auf Ihre Weltanschauung fragen Sie Ihre KIK-Stadträte. Info unter: www.kik-kitzingen.de
VdSP: Renate Haas, Tännigstr. 33
97318 Kitzingen

Ein zahnloser Tiger

Der Rechnungsprüfungsausschuss

Das städtische Rechnungsprüfungsamt überprüft die Verwaltungsvorgänge und beanstandet die aufgelaufenen Versäumnisse und Fehler der Stadtverwaltung. Dabei geht es in der Regel um sehr viel Geld.

Ein Mal im Jahr kommt der Rechnungsprüfungsausschuss zusammen, der sich aus Stadträten der verschiedenen Fraktionen zusammensetzt. Diesem Ausschuss werden die Ergebnisse und vor allem die ungelösten Beanstandungen des Rechnungsprüfungsamtes vorgelegt.

Der Bürger erfährt nichts

Dass die Fehlleistungen der Verwaltung dem Wahlvolk nicht zu Ohren kommen, dafür hat das Bayerische Innenministerium vorgesorgt: Die Sitzungen sind als absolut nichtöffentlich deklariert. Mit dieser Festsetzung werden die gesammelten Geldverschleuderungshämmer einfach vor dem Bürger geheim gehalten.

Laut Innenministerium sollen bei dieser internen Prüfung »... die Integrität und die berechtigten Interessen der Verwaltung geschützt werden ...«.



Man fragt sich: Wo bleibt da die im 21. Jahrhundert allseits geforderte Transparenz der Verwaltungsvorgänge, die für die Öffentlichkeit verständlich, nachvollziehbar und damit auch kontrollierbar gemacht werden sollten? Schließlich geht es hier letztendlich um Steuergelder.

Keine Konsequenz in Kitzingen

Stattdessen werden schlimme Fehlleistungen hinter den Kulissen des Rathauses quasi unter den Teppich gekehrt. Aus gutem Grund. Denn sonst würden die Bürger wohl den Staatsanwalt ins Rathaus schicken, damit der Verschwendung von Geldern ein Ende bereitet wird.

Was da zutage kommt, ist zum Teil haarsträubend. Aber wie gesagt streng geheim. Da werden z.B. Beschäftigte seitens des Rechnungsprüfungsamtes schriftlich auf Fehler

hingewiesen und um sofortige Stellungnahme gebeten. Es passiert nichts. Dann erfolgt noch mehrere Male die Aufforderung doch endlich die Fragen zu beantworten und den Fehler zu beheben. Nichts. Wohlgehemmt, die Fehlleistungen liegen manchmal schon über 2 Jahre zurück! Oberbürgermeister Müller als Chef schaut dem Ganzen zu. Keine Ermahnung. Nichts.

Es geht um viel Geld

Da werden Leistungen der Stadt nicht in Rechnung gestellt, da werden Zuschüsse nicht abgerufen. Und dabei geht es nicht um 2,50 Euro, sondern durchaus auch um Millionen. Gleichzeitig muss die Stadt Kredite aufnehmen. Und wenn der betroffene Bedienstete nach Jahren vor den Rechnungsprüfungsausschuss geladen wird, dann liegt der angeforderte Bericht immer noch nicht vor. Als Antwort auf die Frage nach den Gründen für das Versäumnis kommt ein lapidares »Da bin ich nicht dazu gekommen«. Und auf die Aufforderung, das Problem sofort zu lösen, ist durchaus ein »Ich bin ab morgen im Urlaub« zu hören.



Erst drängt's, dann läuft nix

Die Erdgeschossräume der ehemaligen Stadtpost, ehemals vermietet an einen Kopiercenter, mussten 2008 auf Empfehlung der Verwaltung Hals über Kopf entmietet werden, weil die zur Erweiterung des Bauamtes unbedingt benötigten Räume endlich zur Verfügung stehen sollten. Die Kündigung erfolgte postwendend. Und dann?

Dann ist nichts mehr passiert

Außer dass man bezeichnenderweise die Planung der neuen Bauamtsräume wegen Arbeitsüberlastung an einen Planer außer Haus vergeben musste. Das überzeugende Resultat der Aktion kann man jederzeit besichtigen. Da wurden zwar im Rahmen eines energetischen Förderprogramms neue Fenster eingebaut und eine Türe zugemauert, aber der neue Eingang auf der Frontseite, bis heute ohne Treppenanlage, präsentiert als gestalterische Unvollendete nach außen den Status des Vorhabens. Ausgerechnet das städtische Bauamt kommt offensichtlich mit dem eigenen Erweiterungsprojekt keinen Schritt weiter und präsentiert das Haus seit Jahren im Baustellencharakter. Sollte diese städtische Instanz, die sich sonst bei allen Bauherrn pingelig mit der Gestaltung einer jeden Fenstersprosse befasst, hier nicht als Vorbild fungieren? Aber anscheinend stört das alles beim eigenen Haus überhaupt nicht. Diese Situation tangiert auch offensichtlich OB Müller nicht, genauso wenig wie der mit dem Leerstand verbundene aufgelaufene Mieteinnahmeverlust von mittlerweile über 50.000 Euro.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT IST KEIN ZAUBERWORT

Schon in frühester Zeit haben die Menschen erkannt, dass man mit gezielter Kooperation besser überleben kann. Nur gemeinsam sind wir stark!

Die Herausforderungen der Zukunft sind groß
Kläranlagennutzung, gemeinsame Energiekonzepte, Industrie- und Gewerbeflächen, Straßenbau, gemeinsame Schul- und Kulturkonzepte bis hin zum Tourismus sind nur einige Beispiele, die die Nachbargemeinden in Kooperationen zusammen bewältigen und dabei gleichzeitig Geld sparen können. Das schädliche Konkurrenzdenken unter den Gemeinden muss der Vergangenheit angehören und einer effektiven Zusammenarbeit weichen.

Dafür setzt sich die Kommunale Initiative Kitzingen zusammen mit ihrem OB Kandidaten Christof ein!



KIKERIKI
ZEITUNG FÜR DIE KITZINGER BÜRGER

NR. 25
Dezember 2013
KOMMUNALE INITIATIVE KITZINGEN

Die KIK Mannschaft für die Wahl 2014, v.l.: Regina Popp, Anna Schlotter, Renate Haas, Jutta Heinlein, Roland Gack, Wolfgang Popp, Klaus Christof, Alexander Steinmüller, Herbert Eckhardt, Thomas Steinruck, René Kirsche, Jürgen Thorand

KIK - 30 JAHRE POLITIK MIT LEIDENSCHAFT

Die Kommunale Initiative Kitzingen feiert Jubiläum



Die Gründungsmitglieder der KIK 1983, von links: Klaus Christof, Paul Oppenländer, Martin Fexer, Gabi Pluge, Heiko Ott, Werner Platzöder, Renate Haas, Richard Schmidt, Robert Haas
Hinten: Thomas Hesse, Dieter Soldan, Inge Lenz, Gerhard Heim, Thomas Wirth

Im Jahr 1983 trafen sich regelmäßig um die 15 Leute, die meisten von ihnen unter 30 Jahren, mit dem Ziel in Kitzingen eine neue Wählergruppierung zu gründen, um im März 1984 bei der Kommunalwahl zu kandidieren.

Fast alle unsere Gründungsmitglieder kamen aus Bürgerbewegungen heraus, wie z.B. der Kitzinger »Aktionsgemeinschaft Hände weg von unserem Wald«, die sich besonders um den Umweltschutz vor Ort bemühte, und hier vor allem um Klosterforst bzw. Klingenwald, die beide in vielerlei Hinsicht enorm unter den Aktivitäten der amerikanischen Garnison zu leiden hatten. Andere Mitglieder waren in der Friedensbewegung oder Antiatomkraftbewegung aktiv. Auch Jusos, Grüne und Bund Naturschutzleute stießen hinzu, ebenso wie von der Stadtpolitik gefrustete Bürger.

Uns allen gemeinsam war die Erfahrung, dass man mit seinen Anliegen – so berechtigt sie auch gewesen sein mögen – nicht gehört wurde bzw. an Grenzen stieß. Immer wieder wurde man mit den Entscheidungen von politischen Gremien konfrontiert, auf die man keinerlei Einfluss nehmen konnte. Damit sollte endlich, zumindest auf kommunaler Ebene, Schluss sein. Ab jetzt wollten wir mitreden, mitdiskutieren, mitentscheiden – ja und dafür wollten wir vor Ort in den Stadtrat.

KIK – Der Name ist Programm
Der Name unserer Gruppierung »Kommunale Initiative Kitzingen« ist Programm und eigentlich selbsterklärend für das, was wir vorhatten: Nicht nur brav dasitzen und zuhören, und dann das Händchen heben, sondern selbst Probleme thematisieren und Dinge voranbringen. Bevor KIK aber kandidieren durften, mussten wir 10

Kitzinger dazu bewegen, mit Pass ins Rathaus zu gehen und dafür zu unterschreiben, dass wir zur Wahl zugelassen wurden. Dafür geworben hatten wir mit unserer eigenen KIK-Zeitung und bereits nach 2 Wochen waren die benötigten Unterschriften beisammen. So etwas wie die KIKERIKI hatte es vorher in Kitzingen noch nicht gegeben: Eine eigens auf kommunalpolitische Themen abgestellte Zeitung, die kostenlos an alle Haushalte verteilt wurde. Die Artikel der 1. Ausgabe spiegeln sehr deutlich wider, was die KIK-Mitglieder damals besonders bewegte: An vorderster Front der Umweltschutz, die Kitzinger Verkehrspolitik, militärische Belastungen, Jugendkultur und natürlich die Bürgerbeteiligung (ganz klar, denn wir selbst waren ja deshalb angetreten, damit wir – die Bürger – endlich bei Entscheidungen mitwirken konnten).

Zwei neue Stadträte ziehen ein
Bei der Wahl im Jahr 1984 konnte die KIK gleich mit zwei Stadträten, Klaus Christof und Robert Haas, ins Kommunalparlament einziehen, was bei den etablierten Parteien auf keine große Begeisterung stieß. Es waren harte 6 Jahre für die beiden, aber auch für die ganze Gruppe, die sich eisern mindestens 1x pro Woche traf, um die Stadtratsarbeit mit vorzubereiten. Dem Namen »Initiative« trug die KIK mit vielen Anträgen, aber auch selbst erarbeiteten Konzepten Rechnung. Schmerzlich mussten wir jedoch erfahren, dass das mit dem Beeinflussen von politischen Gremien nicht so ein-

fach war, denn die meisten der Anträge und Konzepte wurden in Bausch und Bogen abgelehnt – nicht unbedingt aus sachlichen Gründen, sondern fast aus Prinzip, um die frech voranstürmenden Neulinge von der KIK auszubremsen, ganz nach dem Motto: »Mal sehen, wie lange die Jungfische das durchhalten!«
Trotz aller Widerstände gab es aber mit der Zeit durchaus Erfolge zu verzeichnen. KIK setzte sich vehement für die Erhaltung des Stadtbildes ein, da der Abriss etlicher historischer Gebäude ernsthaft diskutiert wurde. So forderte die KIK z.B. zusammen mit dem Synagogenverein immer wieder die Renovierung der Synagoge und ihre Umwandlung in eine Kulturstätte. Auch die Renovierung des Deusterturms stand auf der KIK Agenda, ebenso wie die Erhaltung des Niesershauses und seine Nutzung als Fremdenverkehrsamt.

Dass die Haushalts-Vorberatungen öffentlich sind, die bis 1989 immer nichtöffentlich behandelt worden waren, geht auf das Konto der KIK. 5 Bürgerversammlungen pro Jahr, je eine in den Ortsteilen und der Stadt, heute eine Selbstverständlichkeit – das ist KIK-Initiative. Auch die regelmäßig am Mittwoch stattfindenden KIK-Treffen waren von Anfang an öffentlich – ein Angebot zur Teilnahme an die Bürger, das bei anderen Fraktionen noch nicht üblich war. Bereits dieser nur exemplarisch herausgegriffene sehr kleine Ausschnitt aus der KIK Vergangenheit macht deutlich, dass unsere Gruppierung die Stadtratsarbeit stets mit Leidenschaft und Ideenreichtum vorantreibt.

KIK ANTRÄGE ZUR STADTGESTALTUNG:	
1984	Antrag auf Erhalt und Renovierung des Niesershauses.
1985	Antrag auf Renovierung des Deusterturms.
1985	Antrag auf Renovierung der Brunnenanlage am Königsplatz.
1986	Antrag auf Erhalt und Renovierung der Synagoge.
1990	Alter Friedhof: Gestaltung eines Umrheinens.
Alle Anträge konnten umgesetzt werden!	
KIK ANTRÄGE ZUR UMWELT:	
1984	Antrag auf Einrichtung von erweiterten Schutzwasserzonen mit Verbod bzw. Einschränkung des Düngemitteltrags bei gleichzeitiger Ausgleichszahlung für die Landwirte durch die LWK.
1984	Antrag auf die Bestellung eines Umwelterfernten.
1987	Antrag auf ein Stadtdüngungsprogramm mit Bauschuttrecycling, Sonnenenergieprogramm, Ergänzung und Neuanlage.
1990	Antrag auf eine Änderung der Entwässerungssatzung: Nutzung von Dachwasser als Brauchwasser mit dem Ziel einer Einsparung von Trinkwasser.
1991	Antrag auf Flächenbereitstellung für das Bauschuttrecycling (wurde im Landkreis realisiert).
1991	Antrag auf ein städtisches Energieparkkonzept.
1992	Antrag auf einen erhöhten, der allgemeinen Wärmeerschwerung überlegen Wärmeschutz für alle städtischen Gebäude.
1992	Antrag auf Verwendung umweltfreundlicher Produkte im Baubereich und in der kommunalen Beschaffung.
ALTERNATIVE KONZEPTE DER KIK:	
1985	Rosenstraße: Verkehrsberuhigungskonzept für Kitzingen beispielhaft für die Rosenstraße erarbeitet.
1986	Roadwegkonzept: Sichere Roadwege in und um Kitzingen.
1986	Parken und Wohnen: Alternative zu städtischen Planungen hinsichtlich Parken und Wohnen in der Allen Poststraße.
1988	Kaisersstraße: Konzept zur Umgestaltung und zur Verkehrsberuhigung.
1989	Verkehrskonzept: Schwerpunkt verkehrstarke Innenstadt, Verkehrsberuhigung, Errichtung eines innerstädtischen »Öffentlichen Personennahverkehrs« (ÖPNV).
1989	Umweltkonzept: Laufen zu einem umweltgerechten Handeln des Einzelnen und der Stadt.

Auszug aus einer Broschüre von 1992, in der die KIK einen Teil ihrer Initiativen, Anträge und Konzepte veröffentlichte. Klar ist: In vielen Dingen war und ist die KIK ihrer Zeit voraus!

Politik mit Leidenschaft
Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Kommunale Initiative Kitzingen stellte in der aktuellen Stadtratsperiode bisher 159 Anträge und reichte 4 Konzepte ein, nachzulesen unter: <http://www.kik-kitzingen.de>
Mit ihren Vorschlägen ist die KIK nach wie vor stets am Puls der Zeit, arbeitet neueste Erkenntnisse in ihre Anträge mit ein und steht unverdrossen für Transparenz und aktive Bürgerbeteiligung.

Öffentliches KIK-Treffen
Jeden Mittwoch um 20:00 Uhr im Bürgerzentrum in der Schrannestraße 35
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

ENERGIEWENDE – In Kitzingen nicht?

Schritte hin zur Energiewende wurden in Kitzingen kaum gemacht (Ausnahme: auf den Dächern des Bauhofes wurde eine Photovoltaik-Anlage installiert). Die Frage stellt sich, warum das so ist.

Warum hat der OB, der den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung der LKW inne hat, auf diesem wichtigen Gebiet nichts vorangetrieben? Sein Interesse für dieses Thema ist sicherlich nicht allzu stark ausgeprägt, aber hätte man nicht auch erwarten können, dass er von den Fachleuten des stadt-eigenen Unternehmens entsprechend beraten wird? Die Chance zum Einstieg in die Selbstversorgung vonseiten der Stadt oder das Generieren von Erträgen, z.B. durch kommunale Bürgersolaranlagen, ist jedenfalls verpasst. Auch in Sachen Energieeinsparung ist die Stadt durchaus kein Vorzeigebetrieb. Und das, obwohl auf Antrag der KIK ein Energie-spargutachten in Auftrag gegeben wurde. Die darin enthaltenen Maßnahmen warten jedoch immer noch – trotz vielfacher An-mahnungen im Stadtrat – auf ihre Umsetzung. So wird weiterhin viel Energie und damit Geld verschwendet.

Partner LKW

Die Licht-Kraft- und Wasserwerke Kitzingen sind ein rein kommunales Dienstleistungsunternehmen, organisiert in der Stadtbetriebe GmbH. Die LKW bietet umfangreiche Beratung in Sachen Energie-einsparung und Umrüstung auf erneuerbare Energien an. Auch ist sie mittlerweile Mitglied im »Initiativkreis Stadtwerke Nordbayern«. Auf der zugehörigen Webseite ist zu lesen:

Der Initiativkreis Stadtwerke ist ein Zusammenschluss von nord-bayerischen Stadtwerken und Energieversorgern, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Stärken zu bündeln und regionale Projekte zu entwickeln.

Sieben oberfränkische Energieversorger bilden gemeinsam die Klima- und Innovationsinitiative »Stadtwerke pro Klima«. Das Programm hat Vorbildfunktion und umfasst unter anderem eine umfassende Energieberatung, Unterstützung bei energetischer Sanierung sowie die Förderung innovativer Technologien.

Beziehen sich denn all diese Programme nur auf Privatleute? Natürlich nicht. Aber warum kam nie auch nur ein Vorstoß, dass die Stadt selbst sowohl in ihren eigenen Gebäuden als auch in ihrer Gesamtheit die Nutzung innovativer Technologien zur Priorität erheben will? Wo hakt es hier bei der Kommunikation zwischen Stadt und ihrem eigenen Versorgungsunternehmen?

Partner Thüga

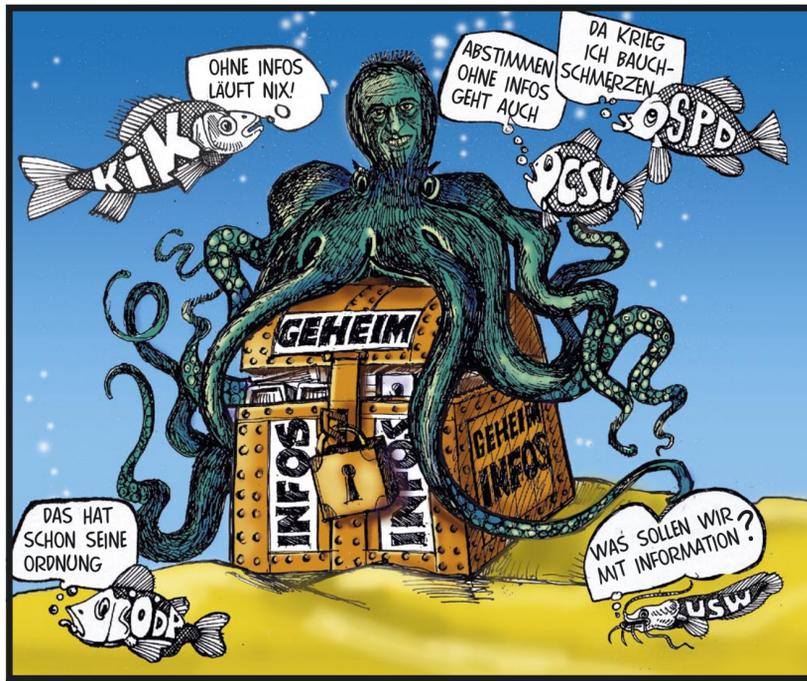
Höchst kompliziert ausgetüftelte langfristige Vertragsverpflichtungen und steuerliche Abschreibungsmodelle kennzeichnen das Verhältnis der Stadt zum Partner Thüga, die als Minderheitsgesellschafter mit 40% an der Stadtbetriebe GmbH beteiligt ist. Auch dieser zweite Partner lässt auf seiner Webseite wissen, was er in Sachen Energiewende so alles vorantreibt. Warum so fragt man sich wiederum, wurde in den vergangenen Jahren nicht auch in Kitzingen all das angepackt, was hier so eindringlich beschrieben wird? Andere Städte, die mit der Thüga zusammenarbeiten, sind uns viele Schritte voraus.



Ausschnitt aus der Thüga Webseite <http://www.thüga.de>

Warum ließ sich OB Müller nicht von den Vorstellungen der Thüga inspirieren, um Kitzingen energetisch auf Vordermann zu bringen? Die Anträge der KIK zum Thema Energie fanden jedenfalls nur ein mäßiges bis kein Echo.

OB-Kandidat Christof wird sich jedenfalls im Falle seiner Wahl kraftvoll auf diesen Bereich konzentrieren, um das Defizit Kitzingens in Sachen Energiepolitik zu beheben. Was Kitzingen dringend braucht, ist ein energiepolitisches Konzept, das die Marschrichtung für die nächsten 10 Jahre beschreibt. Christof wird hier zusammen mit den Partnern LKW und Thüga eine zukunftsfähige Vision aufbauen.



Informationsrecht nach Müller Art

In der Öffentlichkeit gibt sich OB Müller als kulanter Rathauschef, der die Wünsche der Stadträte nach Informationen gerne auf den kleinen Dienstweg verweist: »Gehen Sie doch einfach in die Verwaltung und lassen Sie sich die Unterlagen geben, die Sie brauchen«. Das hört sich toll und nach absolutem Service an.

Wie eine Krake

Leuchtet man aber einmal mit dem Licht danach, dann sieht die Praxis gänzlich anders aus. Der Oberbürgermeister sitzt wie eine Krake auf allen Informationen und rückt nichts raus, auch wenn die Unterlagen für die Beurteilung und Abstimmung von Stadtratsvorlagen wichtig wären. Warum das so ist, bleibt sein Geheimnis.

Mal angenommen Bürgermeister Christof geht in die Verwaltung (gerade das Bauamt ist dafür ein Paradebeispiel) und fragt

nach Unterlagen. Dann kommt sofort beim zuständigen Sachbearbeiter die hilflose Auskunft: »Sie wissen aber, dass wir Ihnen nichts geben dürfen, ohne dass der OB die Zustimmung dazu gegeben hat?« Klar kennt man mittlerweile diese Dienstweisung des Oberbürgermeisters. Also beginnt nun der ...

Weg durch die Instanzen

Der Sachbearbeiter wird seinem Sachgebietsleiter die Botschaft überbringen, der übergibt die Nachfrage an den Amtsleiter und von dort muss sie dann auf verschlungenen Wegen zum OB gelangen. Eine Odyssee. Genauso lange dauert es dann auch immer, bis die Genehmigung gnädig erteilt wird. Es kann aber auch passieren, dass der OB mitteilen lässt, dass die Unterlagen schon an die Stadträte gegangen seien. Das stimmt sehr häufig nicht und er weiß es auch. Aber so ist nun mal die momentan übliche

Vorgehensweise. Ängstlichkeit und auch Willkür beherrschen die Chefetage. Transparenz der Verwaltung, bereitwillige Information über die Entwicklungen in der Stadtpolitik sind für Müller Fremdworte.

Schluss mit der Geheimniskrämerie

So kann man kein Rathaus führen, das effektiv arbeiten sollte. So kann man aber auch nicht mit seinen Bürgermeistern bzw. den Stadträten umgehen. Dieser unprofessionellen Rathauspolitik muss in 3 Monaten ein Ende bereitet werden. Unter einem Oberbürgermeister Christof – darauf können sich die Kitzinger verlassen – gehört diese Geheimniskrämerie der Vergangenheit an. Er wird sowohl den Stadtrat als auch die Bürger frühzeitig über die Entwicklungen in unserer Stadt informieren und bei den Verwaltungsvorgängen die nötige Transparenz schaffen.



Wohngebiet Breslauer Straße

Die Wohnblöcke in der Breslauer Straße, die sich im Besitz der städtischen Bau GmbH befinden, sind aus wirtschaftlicher Sicht nicht mehr zu sanieren. Sobald ein Gebäude komplett entmietet ist, sollte es abgebrochen werden. Einen Verkauf der gesamten Grundstücke – wie andere Stadträte es wollen – hält die Kommunale Initiative Kitzingen jedoch für falsch.

Anstelle dessen sollten hier wieder 40 neue Wohnungen entstehen. In diesem Zusammenhang muss dann endlich auch der Ausbau der Breslauer Straße erfolgen. Die im Moment nicht benötigte Restfläche kann zu Grünanlagen mit Kleingärten umgewandelt werden. Sollte sich zukünftig im Stadtteil Siedlung weiterer Bedarf für Wohnungen entwickeln, können auf dieser Fläche zusätzliche Gebäude realisiert werden.

Dafür setzt sich die Kommunale Initiative Kitzingen zusammen mit ihrem OB Kandidaten Christof ein!



Ein Interview mit OB Kandidat KD. Christof

Warum bewerben Sie sich für den Posten des Oberbürgermeisters?

Ich befasse mich nun seit über 30 Jahren leidenschaftlich mit der Stadtpolitik in Kitzingen. Seit 1984 bin ich (mit einer Unterbrechung von 10 Jahren) Mitglied des Stadtrates und Fraktionsvorsitzender der KIK und habe dadurch Gelegenheit gehabt mich tief in die komplexe Materie der Kommunalpolitik einzuarbeiten.

Durch meine Erfahrung in der Arbeit sowohl als Fraktionsvorsitzender als auch als Bürgermeister weiß ich, welche Herausforderungen zu bewältigen sind.

Welche Herausforderungen sind das?

Grundvoraussetzung für fast alles im Rathaus ist eine funktionierende und effizient arbeitende Verwaltung. Ob es sich um die Entwicklung kreativer Ideen handelt oder um die zufriedenstellende Umsetzung von Aufträgen aus dem Stadtrat oder um die vielfältigen Aufgaben der sogenannten Daseinsvorsorge, für all diese Dinge muss der kommunale Verwaltungsapparat perfekt agieren. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, werde ich im Falle meiner Wahl die Verwaltung zunächst konsequent umstrukturieren. Die verschiedenen Sachgebiete müssen auch viel besser koordiniert werden als das bisher der Fall ist, sodass sich schließlich der notwendige Teamgeist zur gemeinsamen Bewältigung der mannigfachen Aufgaben entwickeln kann.

Der kommunale Verwaltungsapparat muss perfekt funktionieren. Eine Umstrukturierung und eine wesentliche bessere Koordinierung der einzelnen Abteilungen ist unerlässlich.

Grundsätzlich haben wir gut qualifiziertes Personal im Rathaus. Notwendig finde ich aber eindeutig formulierte und verlässliche Zielvorgaben vonseiten des OB. Es darf nicht sein, dass Mitarbeiter ohne konkrete Angaben "mal einen Plan" erstellen sollen, wie z.B. im Falle der Mehrzweckhalle auf dem Deustergelände geschehen. Da kann nichts Brauchbares herauskommen. Diese Vorgehensweise des jetzigen OB verschwendet die Kraft der Mitarbeiter und führt zu hoher Frustration. So etwas wird es mit mir nicht geben. Erst wird gedacht und das jeweilige Problem analysiert, dann ein Konzept erstellt, dann im Stadtrat abgestimmt, die eventuellen Änderungen in das Konzept eingearbeitet und dann wird konkret mit Zahlen geplant.

Das für viele Mitarbeiter bis an die Belastungsgrenze gehende richtungslose Hin und Her ist mit Sicherheit auch ein Grund für den überdurchschnittlich hohen Krankenstand innerhalb der Kitzinger Stadtverwaltung.

Ich bin jedoch sicher, dass es mir gelingen würde, die Mitarbeiter neu zu motivieren und für die Herausforderungen der Arbeit zu begeistern.

Gleichzeitig muss eine Reform der Finanzpolitik erfolgen. Ich halte es für unverantwortlich, dass wir heute im Rathaus noch keine Instrumente zur Verfügung haben, um bei Bauprojekten schnell auf finanzielle Fehlentwicklungen reagieren zu können. Darüber hinaus ist eine enge Vernetzung zwischen Planung und Finanzen unabdingbar, um verantwortliche Stadtpolitik betreiben zu können. Das sind die ersten beiden großen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

Wenn unsere repräsentative Demokratie nicht ihre Bürger verlieren will, muss sie sich wandeln

Eine weitere Herausforderung sehe ich in einer funktionierenden Bürgerbeteiligung. Es ist anachronistisch zu glauben, dass Verwaltung und Stadtrat ohne die direkte Einbeziehung der Bürger agieren sollten. Ich denke, dass die repräsentative Demokratie einen Wandel erfahren muss, wenn sie nicht riskieren will, dass sich ihre Bürger noch mehr innerlich von ihr entfernen als es leider schon geschehen ist. Vor allem große Teile der jungen Generation nehmen an der konventionell geprägten Politik kaum noch Anteil. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese jungen Leute anders denken und agieren, anders kommunizieren und sich anders vernetzen. Möglicherweise wollen sie sich nicht mehr in althergebrachter Art in einer Partei oder Wählergruppierung fest engagieren, aber sie würden unter Umständen gerne an einzelnen Projekten der Kommune, die sie interessieren, mitarbeiten.

Die Kommune muss im Sinne einer funktionierenden Bürgerbeteiligung ihre Projekte mithilfe verschiedener Medien vorstellen und transparent machen

Also muss die Kommune ihre Projekte vorstellen und transparent machen. Um diese Generation aber ansprechen zu können, ist es unerlässlich im Rathaus junge Spezialisten zu beschäftigen, die mit den Instrumenten der sozialen Netzwerke oder der Nutzung mobiler Endgeräte vertraut sind. Es darf nicht sein, dass sich junge Leute nur deshalb nicht mit der Politik vor Ort beschäftigen (die letztendlich ja auch ihre eigenen Lebensumstände entscheidend beeinflusst), weil sie beim Zugriff auf die städtische Webseite schon mal den Eindruck haben in der Steinzeit gelandet zu sein.

Es muss ein Informationssystem aufgebaut werden, das es den Bürgern – egal ob jung oder alt – ermöglicht sich in die Rathauspolitik einzubringen.

Es muss ein mit den unterschiedlichen Mitteln der Kommunikation (Presse, stadt-eigene Veröffentlichungen, online Medien, Internet) arbeitendes Informationssystem aufgebaut werden, das es den Bürgern generell – egal ob jung oder alt – ermöglicht sich in die Stadtpolitik einzubringen. Das ist sicherlich eine sehr ehrgeizige und auch arbeitsintensive Zielsetzung, aber ich bin davon überzeugt, dass vor allem auf lokaler Ebene sehr viel für die Entwicklung einer vitalen Bürgergesellschaft getan werden kann und muss.

Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Stadtrat ist gegenwärtig mehr als spannungsgeladen. Kann man das ändern?

Das stimmt, hier wird im Rathaus vieles verbessert werden müssen, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufbauen zu können. Zur von mir angestrebten Neustrukturierung des Rathauses gehört selbstverständlich auch ein kooperatives Verhältnis zum Stadtrat. Zunächst muss die Informationspolitik komplett geändert werden, hin zu einer wirklichen Transparenz.

Die Sitzungsvorlagen für den Stadtrat müssen deutlich optimiert werden

Die Entscheidungen des Stadtrates können nur so gut sein, wie es der Informationsstand zulässt. Die Sitzungsvorbereitungen müssen deshalb deutlich optimiert werden, sodass jeder Stadtrat zukünftig eine umfassende Beschlussvorlage vor sich liegen hat, mit der er auch arbeiten kann. Diese Voraussetzungen werde ich als OB schaffen, nicht zuletzt, damit wieder mehr Zeit bleibt die komplexen Aufgaben im Stadtrat beraten, aber auch neue Ideen diskutieren zu können.

Mit diesen signifikanten Veränderungen der Rathausarbeit ist der dringend nötige Neuanfang in Kitzingen möglich. Wir haben in unserer Stadt noch große Herausforderungen vor uns, sodass es jetzt höchste Zeit ist mit Tatkraft und Mut ans Werk zu gehen. Ich stehe dafür bereit!

Wie unabhängig kann man das Amt des OB führen? Ich bin vollkommen unabhängig. Ich bin keiner Lobby verpflichtet und kann somit ausschließlich im Sinne der Allgemeinheit und zum Wohle der Stadt entscheiden. Hierbei ist für mich die grundsätzliche Gleichbehandlung aller Bürger von großer Bedeutung und das funktionierende Serviceangebot einer gut organisierten Verwaltung. Das wichtigste Element einer Stadt sind zufriedene Bürger.

Das ist die neue KIK Mannschaft



Klaus D. Christof
Stadtrat, Bürgermeister
Listenplatz 1

Oberste Prämisse ist für mich die Zufriedenheit der Bürger. Im Stadtrat erfolgt hierfür die Weichenstellung. Wichtig ist es dabei den Blick nach vorne zu richten. Denn heute werden mit den Stadtratsentscheidungen bereits die Grundlagen für das Leben der nächsten Generation gelegt. Es ist daher mehr als angebracht, sich mit Leidenschaft den Aufgaben der Kommunalpolitik zu widmen und beständig an Ideen für die Zukunft zu arbeiten. Die Palette der Herausforderungen ist riesengroß: Wir brauchen in Kitzingen zeitgemäßen bezahlbaren Wohnraum. Auch müssen wir als Stadt aktiv in die Energiewende einsteigen. Der ökologische Gedanke darf ebenso wenig hinterstehen wie die Förderung der Jugend, Bildung und Kultur. Beratung und Service im Rathaus bedürfen einer grundlegenden Optimierung, damit der Bürger sich wieder als gerne gesehener Kunde fühlen kann.

Um jedoch all diese Vorstellungen überhaupt umsetzen zu können, brauchen wir zunächst eine effektiv und effizient arbeitende Verwaltung. Gleichzeitig muss das Finanzwesen grundlegend verbessert und die für eine strikte Kontrolle notwendigen Instrumente eingeführt werden. Wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, dann ist es an der Zeit die Bürger an den Entscheidungen im Rathaus aktiv teilhaben zu lassen.

Die Bürger müssen rechtzeitig und umfassend informiert werden, damit sie sich einbringen und mitreden können. Ob mit schriftlichen Vorschlägen, bei Versammlungen oder mittels Internet – es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie man die Bürgerschaft an den anstehenden Entscheidungen beteiligen kann. Wenn die Bürger mit mir der Auffassung sind, dass es an der Zeit ist einen Politikwechsel im Kitzinger Rathaus herbeizuführen, dann müssen sie mit ihrer Wahl dafür sorgen, dass ab 2014 eine starke KIK-Fraktion ins Rathaus einzieht. Ich als OB Kandidat der KIK kann Ihnen versprechen, dass ich mich weiterhin mit Leidenschaft für eine auf die Zukunft ausgerichtete Politik einsetzen werde.

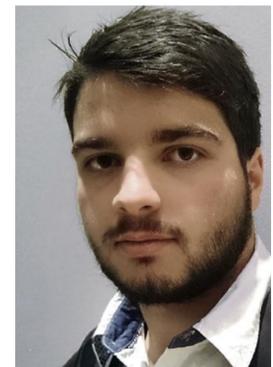


Roland Gack
Listenplatz 6

Was bewegt einen Kitzinger Bürger, für den Stadtrat zu kandidieren, dem immer nachgesagt wird: „Die machen ja eh nix und streiten bloß untereinander“? Die Antwort darauf könnte jetzt ironischerweise so klingen: Erstens, weil ich direkt gefragt wurde, ob ich mir diese Aufgabe vorstellen könnte und zweitens, weil ich ja eh nicht weiß, wie ich sonst noch meine freie Zeit ausfüllen könnte.

Ein Programmpunkt bei der KIK lautet Bürgerbeteiligung und da fühle ich mich am meisten angesprochen. In der Kommunalpolitik werden und müssen Entscheidungen getroffen werden, die unmittelbar für die Bürger von Kitzingen und diejenigen, die in den dazugehörigen Stadtteilen und Gemeindeteilen wohnen, von Bedeutung sind. Als Stadtrat hat man die Möglichkeit, aktiv als Bürger an diesen kommunalen Entscheidungsprozessen im Sinne des

Gemeinwohls mitwirken zu können. Mit meiner Bereitschaft für die KIK-Stadtratsliste im März 2014 zu kandidieren und damit auch den OB-Kandidaten Klaus Christof zu unterstützen, möchte ich zeigen, dass ich mit der bisherigen Arbeit der KIK zufrieden bin und meine kommunalpolitischen Vorstellungen und Interessen gut vertreten sehe. Die Kommunale Initiative Kitzingen hat sich in den letzten dreißig Jahren die Kompetenzen erworben, die für eine erfolgreiche Stadtpolitik stehen. Diese Arbeit soll gewürdigt und auch fortgesetzt werden.



Alexander Steinmüller
Listenplatz 9

Als Student des Wirtschaftsingenieurwesens liegen mir die Suche nach Problemlösungen, das Streben nach Effizienz und Optimierung besonders am Herzen! Sehr gut erhaltener Wohnraum (Marshall Heights) ist seit Jahren ungenutzt! Sieht man die Wohnungssituation meiner



Renate Haab
Listenplatz 7

Ich gehöre seit ihrer Gründung zur KIK, habe allerdings aufgrund eines Auslandsaufenthaltes für 10 Jahre pausiert und bin erst wieder seit 2007 mit dabei.

Mir liegt besonders der Umweltschutz am Herzen, der in der letzten Stadtratsperiode von allen anderen Fraktionen mehr als stiefmütterlich behandelt wurde. Konzepte zur Vermeidung des beständig steigenden Flächenverbrauchs sind ebensowenig Thema wie die Energiewende oder die Schaffung von ökologisch wirksamen Ausgleichsmaßnahmen, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Nachnutzung der Marshall Heights ist für mich ein ganz großes Thema. Hier bin ich der Meinung, dass die KIK (hoffentlich ab 2014 mit einem OB Christof und vergrößerter Mannschaft) weiter darum kämpfen muss dort so viel Wohnraum wie möglich zu erhalten. Es kann und darf nicht sein, dass mit Straßen, Parkplätzen und Versorgungsleitungen voll erschlossene Wohnhäuser abgerissen werden sollen, um dann auf der grünen Wiese neue Baugebiete auszuweisen. Das ist Verschwendung von Steuergeldern und ich hoffe, dass die KIK hier noch einmal das Ruder herumreißen kann.

Regina Popp
Listenplatz 10

Seit den 90iger Jahren verfolge ich hautnah die Arbeit der KIK im Stadtrat und habe mich entschlossen, persönlich die Politik dieser engagierten und bürgernahen Wählergruppe zu unterstützen. Mich interessieren vor allem sozialpolitische Themen im Bereich Kinder- und Jugendberufshilfe, Bildung, Familien und Wohnen und glaube mir hier als vierfache Mutter eigene Erfahrungen und gute Ideen einbringen zu können. Als Stadträtin würde ich mich in erster Linie darum kümmern wollen, die vielen freien Wohnungen im gesamten Stadtgebiet bewohnbar zu machen, und zwar zu einem bezahlbaren Mietpreis und auf eine kind- aber auch seniorengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes zu achten. Für sehr wichtig halte ich es auch, die Bürger vor einer Maßnahme in der Stadt umfassend zu informieren und alle Argumente zu prüfen, alle Vor- und Nachteile umfassend zu beraten, um das Geld der Bürger stets optimal und sinnvoll zu nutzen. Wichtig erscheint mir auch eine größere Berücksichtigung des Stadtteils Kitzingen-Siedlung, in dem ich selbst wohne.



Wolfgang Popp
Stadtrat, Referent für Senioren und Menschen mit Behinderungen
Listenplatz 2

Seit 1995 bin ich bei der KIK Mitglied und vertrete die Kommunale Initiative seit 1996 im Stadtrat.

Ich sehe in der Kommunalpolitik eine wichtige Möglichkeit der Einflussnahme auf die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung meiner Heimatstadt.

In den vergangenen fast 18 Jahren habe ich mich mit großem Zeitaufwand und persönlichem Engagement neben den aktuellen Aufgaben vor allem für die Sanierung der Bäder eingesetzt. Seit der letzten Legislaturperiode richte ich als Referent mein Augenmerk speziell auf die anstehenden Aufgaben für die Senioren und den Behindertenbereich. Auf diese sozialpolitisch relevante Aufgabe möchte ich mich auch in der kommenden Legislaturperiode schwerpunktmäßig konzentrieren, dabei aber auch stets die städtebaulichen, finanziellen und kulturellen Aspekte im Visier haben. Diese Ziele glaube ich am besten in der Kommunalen Initiative Kitzingen verwirklichen zu können, weil sie bürgernah, unabhängig und engagiert arbeitet und vor allem auf Transparenz der kommunalpolitischen Prozesse großen Wert legt.

Am 16. März 2014: Liste KIK wählen!



Thomas Steinruck
Stadtrat
Listenplatz 3

Ich setze mich für eine transparente Stadtpolitik ein, die den Bürgern die Möglichkeit bietet die kommunalen Vorgänge mitverfolgen zu können.

Am Herzen liegt mir besonders die Innenstadtentwicklung. Hier ist über städtische Förderprogramme für Renovierung und Sanierung des Altbaubestandes nachzudenken. Hinsichtlich bestehender Baugesetze müssen die Bauherren auf eine partnerschaftliche und verlässliche

Zusammenarbeit mit zielführender Beratung durch die Verwaltung vertrauen können.

Umbau und Neugestaltung von ganzen Altstadtquartieren, wie z.B. rund um das Dekanatszentrum, wären notwendig, um neuen zeitgemäßen innerstädtischen Wohnraum schaffen zu können.

René Kirsche
Listenplatz 8

Ich bin alt genug, um selbst Entscheidungen zu treffen. Ich will in Kitzingen leben und arbeiten. Ich will an einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Tradition und Fortschritt in Kitzingen mitarbeiten. Die Stadträte sollen mit einheitlichen und klaren Informationen arbeiten und entscheiden.

Die Kommunale Initiative Kitzingen hat in ihrer 30jährigen Geschichte Weitsicht und Ausdauer bewiesen. Etablierte Volksparteien wirken oft ferngesteuert und wirklichkeitsfremd. Ich bin kein Politiker. Bundesparteien haben in meinen Augen auf kommunaler Ebene nichts zu suchen. Hier sollten die Einwohner in Bürgerinitiativen für ihre Angelegenheiten selbst eintreten. Ohne Krise gibt's keine Veränderung. Demokratie muß neu gedacht werden.



Herbert Eckhardt
Listenplatz 11

Seit über 20 Jahren bin ich nun bei der KIK. Die Auseinandersetzung mit Themen der Stadtpolitik wie sie bei KIK stattfindet, hat mich von Anfang an begeistert. Offen und ehrlich ist hier der Umgang mit den verschiedenen Meinungen und es wird weiter gedacht als nur bis zur nächsten Abstimmung im Stadtrat. Mit meinen Ideen, die ich in die Arbeit bei KIK einbringe, möchte ich erreichen, dass Kitzingen lebens- und liebenswerter wird.

Als Hauptschwerpunkte sehe ich: Ideen zur Belebung der Innenstadt, Verkehrspolitik, Gestaltung Bahnhofsvorplatz und Kultur.



Anna Schlötter
Ortsteilsprecherin für Sickershausen
Listenplatz 4

Ich bin in Sickershausen geboren, bin verheiratet und habe eine Tochter.

Ich wohne im Stadtteil Sickershausen, bin inzwischen Rentnerin und war 40 Jahre bei der FA. Fritsch GmbH beschäftigt.

In meiner Freizeit betätige ich mich gerne sportlich: Gymnastik, Radfahren, Gartenarbeiten, spiele bei der Hækkerbühne und Hækkerchronik mit.

Seit Januar 2013 bin ich Mitglied im Kirchenvorstand von Sickershausen.

Bei der KIK bin ich Mitglied, um diese Fraktion in ihrem Handeln zu unterstützen, zu stärken und weiter voranzubringen.

Mein Ziel ist es, dass sich Kitzingen zukunftsorientiert entwickelt, damit unsere Stadt weiterhin lebenswert für die Bürger bleibt.

Mein Leitbild ist: Engagiert, kreativ, zuverlässig und hilfsbereit.

Jutta Heinlein
Listenplatz 5

Kitzingen ist meine Heimatstadt, hier lebe ich gerne. Mein Anliegen ist es, dass sich die Stadt zukunftsweisend aufstellt und entwickelt. Im Falle meiner Wahl sehe ich die Chance durch meine aktive Mitarbeit diesen Prozess mitbegleiten und kommunalpolitische Entscheidungen zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger umsetzen zu können.

Meine Ziele für den Stadtrat
Ich halte es für dringend geboten, dass die Mitglieder des Stadtrates miteinander, nicht

gegeneinander arbeiten und für die vielschichtigen Aufgaben und Herausforderungen gemeinsam Lösungsansätze und positive Entscheidungen finden und auf den Weg bringen.

Was werde ich im Stadtrat tun

Mein Engagement wird sein, dass ich inhaltlich gut vorbereitet in die Sitzungen gehe, themenbezogene Vorschläge und Kritikpunkte einbringe, die durch Austausch, Diskussion und Nachfragen auf sachlicher Ebene geführt werden. Ein weiteres Bestreben wird sein Anregungen/Vorbehalte seitens der Bürger in die Entscheidungsfindung mit einfließen zu lassen und nach Abwägung/Machbarkeit usw. zu berücksichtigen.

Warum bin ich bei der KIK

Die Antwort hierauf lässt sich in kurzen Sätzen zusammenfassen: Die KIK setzt sich seit Jahren intensiv und zielgerichtet mit der Stadtpolitik auseinander und bringt ihre Ideen/Vorstellungen/Argumente mit unermüdlichem Ehrgeiz und großem Wissen ein.

Die KIK hat für die Bürger stets ein offenes Ohr und nimmt sie in Augenhöhe als Partner wahr.

Die kommunalpolitische Arbeit der KIK und ihre erzielten Erfolge stehen im Einklang mit meinen Vorstellungen von einer zukunftsweisenden, machbaren und guten Stadtpolitik und einer praktizierten Bürgerbeteiligung. Deshalb bin ich Mitglied bei der KIK geworden. Ich möchte durch meine aktive Mitarbeit dazu beitragen, dass die KIK im stadtpolitischen Geschehen eine noch größere Gewichtung erlangt, dass KD. Christof bei der anstehenden Kommunalwahl zum Oberbürgermeister gewählt wird und dass die Zahl der KIK-Stadträte sich erhöht.

Jürgen Thorand
Listenplatz 12



Die Zukunft bringt große Herausforderungen wie

- Konsolidierung des Haushalts der Stadt,
- Erstellen eines zukunftsfähigen Konzeptes zur Finanzplanung
- Erstellen von Konzepten für langfristige, sinnvolle Investitionen
- Adäquate Verteilung der sich reduzierenden Mittel
- Berücksichtigung der demografischen Entwicklung
- Wandel der Einnahmequellen
- Planung und Instandhaltung der Infrastruktur
- Aufrechterhaltung der Angebote für die Bürger
- Finden eines Leitbildes »Zukunftsfähige Stadt«

All dies geht für mich nur mit KIK. Denn es gibt keine bessere Möglichkeit in Kitzingen Ideen umzusetzen. Bei KIK finden grundlegende und sachorientierte Diskussionen statt. Es werden immer wichtige Themen aufgetrieben und durchdiskutiert. Es werden umsetzbare Konzepte erarbeitet. Der kommunale Aspekt steht dabei immer im Vordergrund. Deswegen arbeite ich bei KIK mit. Hier werden die Belange der Bürger ernst genommen und in die Entscheidungen eingebunden. Deswegen braucht KIK eine starke Fraktion im Stadtrat.





Klaus D. Christof
Maler und Bildhauer, Bürgermeister



Wolfgang Popp
Studienrat, Stadtrat



Thomas Steinruck
Selbstständiger, Stadtrat



Anna Schlötter
Industriekauffrau i.R.,
Ortsteilsprecherin Sickershausen



Jutta Heinlein
Selbstständige Kauffrau



Roland Gack
Förderlehrer



Renate Haaß
Filmemacherin



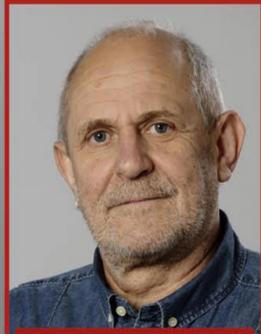
René Kirsche
Lackierer



Alexander Steinmüller
Student



Regina Popp
Fotografin



Herbert Eckhardt
Angestellter



Jürgen Thorand
Maschinenbauingenieur

Am 16. März

Liste

KIK

www.kik-kitzingen.de



Innovative Glanzleistung Geplante PV-Anlage wird nicht gebaut

Ein in Kitzingen ansässiges Unternehmen beabsichtigte auf dem ehemaligen Flugplatzgelände eine große Photovoltaikanlage zu errichten und damit noch in diesem Jahr ans Netz zu gehen. Die Vorgespräche fanden bereits im Mai 2013 mit dem Bauamt statt. Vor der Sommerpause beschloss der Stadtrat den vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Allen Beteiligten war klar, dass der Projektstart aufgrund der neuen Stromförderrichtlinien innerhalb eines Zeitrahmens von 3 Monaten realisiert werden sollte.

Aussage gegen Aussage
Wochen vergingen und der vorgegebene Termin des Baubeginns rückte immer näher. Der Antragsteller drängte die Stadt endlich über die Baugenehmigung entscheiden zu lassen. Aber das Bauamt sah sich aufgrund mangelnder Unterlagen außerstande den Vorgang weiter zu bearbeiten. Gleichzeitig versicherte der Unternehmer, dass er alle notwendigen Unterlagen eingereicht hätte. Als dann eine (angebliche?) Zusage der Verwaltung den Antrag in der Stadtratssitzung vom 26. September behandeln zu lassen vom Bauamtsleiter dementiert wurde, begann der Kessel zu sieden. Das Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsvorgängen ist noch nicht bis ins

Bauamt vorgedrungen. Dort werden keine Ergebnisprotokolle zu den Vorgängen angefertigt und damit ist der Streit vorprogrammiert. Es steht grundsätzlich bei solchen Anlässen Aussage gegen Aussage, wodurch der Antragsteller in der Regel alt aussieht.

Solarunternehmen drängt auf Entscheidung
Das Unternehmen unternahm eine letzte Kraftanstrengung und ließ 6 Tage vor dieser Stadtratssitzung allen Stadträten sämtliche Unterlagen per mail und zugleich in Papierform zukommen.

Die KIK-Fraktion reichte einen Dringlichkeitsantrag ein, dieses Projekt unbedingt auf die Tagesordnung der bewussten Sitzung zu stellen. Gleichzeitig wandte die KIK sich mit einem Brief an den OB, in dem die Situation eindringlich geschildert und auf die möglichen Konsequenzen verwiesen wurde. OB Müller weigerte sich umgehend schriftlich auf diesen Antrag einzugehen. Die in der Stadtratssitzung vorgebrachte Begründung der Dringlichkeit ließ ihn, aber auch den Mehrheitsblock im Stadtrat unberührt. Mit der Weigerung des OB über den Dringlichkeitsantrag abstimmen zu lassen, war der Fall erledigt. Allerdings auch für den Antragsteller. Er stoppte sein Vorhaben 2 Tage später.

Wo ist das Schreiben?

3 Tage später ging bei Oberbürgermeister Müller die Aufkündigung des Projektes schriftlich ein (Schreiben liegt der Redaktion vor). Dieses Schreiben hat er jedoch dem Stadtrat bis heute nicht vorgelegt. Auf Anfrage der KIK wollte er nicht einmal die Existenz des Briefes bestätigen. Wem nützt so ein Verhalten? Der Stadtrat Kitzingen sicher nicht! Die möglichen Gewerbesteuerentnahmen sind dahin und der Besitzer des Flugplatzgeländes hat die Stadt schon vorsorglich darauf hingewiesen, dass sein finanzielles Engagement beim Sonderlandeplatz, einem Lieblingsprojekt des OB, mit dem Scheitern der PV-Anlage auch erschöpft sei.

Das Stimmungsbarometer sinkt gegen Null

Die Fronten zwischen der Stadt Kitzingen und ihren Kunden bzw. Bürgern verhärten sich zusehends. Das Image von OB und Bauamt ist bereits rampoliert, das Stimmungsbarometer sinkt rasant gegen Null. Auf keinen Fall kann es in Kitzingen so weiter gehen!

Am 16. März 2014
CHRISTOF wählen!

Kitzingen hat viele Standortvorteile

Die Nähe zur Unterfrankenmetropole Würzburg nutzen

Der Anlass dieses Beitrags ist die nervige Endlosdiskussion um den Erhalt des Wohngebietes Marshall Heights. Nach dem Willen der Mehrheit des Kitzinger Stadtrates sollen diese seit Jahren leer stehenden Wohnungen zum größten Teil abgerissen werden. Ein in der Fragestellung klar formuliertes Bürgerbegehren zum Erhalt der Wohnsiedlung vom März 2013 wurde von diesen Stadträten für ungültig erklärt. Es stellt sich die Frage, was dieses Vorgehen wirklich durchdacht?

Laut einer Studie des Zukunftsrates der bayerischen Staatsregierung aus den Jahren 2010/11 liegt die hauptsächlich wirtschaftliche Entwicklung Bayerns in den großen Ballungszentren. Für Kitzingen wären das Schweinfurt und Würzburg. Dorthin gingen bisher auch ein Großteil der Wirtschaftsförderungen und Behör-

denverlagerungen. Das Leben soll also in diesen Metropolen pulsieren, während es ringsum düster wird. Die verbleibenden Regionen gelten demzufolge als »ländlicher Raum«. Es ist unverständlich, daß sich Kitzinger Stadträte mit dieser Einstufung zufrieden geben. Aber muss das so sein?

Kitzingen kennt keiner
Bisher ist es leider so, dass der Standort Kitzingen in den beiden Regionalzentren quasi nicht wahrgenommen wird. Weder in den Medien noch im Bewusstsein der dortigen Bevölkerung ist Kitzingen wirklich existent. Deshalb muss sich Kitzingen mit gezielten Werbekampagnen als optimaler Standort für Wohnen und Gewerbe in Schweinfurt, besonders aber in Würzburg präsentieren. Warum sollte unsere Stadt, die so nahe an Würzburg liegt, nicht von dem Aufschwung der großen Nachbarstadt profitieren können, genau so wie z.B. die im sogenannten Speckgürtel Münchens gelegenen Städte?

Mit unserer optimalen Lage am Autobahnkreuz, der B8 und dem Bahnanschluss sind günstige Voraussetzungen dafür vorhanden. Kitzingen hat auch genügend Gewerbeflächen in vorteilhafter Lage mit ausbaubarer Verkehrsanbindung.

Vorteile nutzen
Die Stadt Kitzingen wäre für die Metropole Würzburg eine Bereicherung, nutzt aber ihre Vorteile nicht. Da ist Dettelbach seiner nahen Kreisstadt weit voraus. Um die wirtschaftliche Entwicklung Kitzingens zu fördern, muss selbstredend die Wohnsituation verbessert werden: Angefangen mit zeitgemäß saniertem Wohnraum in einer attraktiven Innenstadt bis hin zur Schaffung neuen Wohnraums. Und hier sind wir wieder bei den Marshall Heights, denn wo sonst hätte Kitzingen eine solch einzigartige Chance sich zu vergrößern?

Der Ansatz der CSU erst einmal auf Firmenansiedlungen zu warten und dann Wohnraum zu schaffen, kann nicht funktionieren. Die Unternehmen sind bestrebt, ihren Mitarbeitern den Arbeitsplatz mit vorteilhaftem Wohnumfeld anzubieten! Hier muss Kitzingen schon in Vorleistung gehen, wenn unsere Stadt zukünftig wieder wachsen will.

Wasserpreiserhöhung ohne Rechtsgrundlage?

Im September 2013 wurden die Wasserpreise von 2,09 auf 2,25 Euro/m³ erhöht.

Die Kommunale Initiative Kitzingen wirft die Frage auf, warum der Stadtrat nicht über die Gründe für diese Erhöhung informiert und um das Abstimmungsmandat für den Oberbürgermeister gebeten wurde, wie es das Kommunalrecht vorschreibt.

Die Kitzinger Licht- Kraft- und Wasserwerke (LKW) sind in der Stadtbetriebe GmbH organisiert. Die Stadt hält hier einen 60%igen Anteil und verfügt somit über die Majorität, 40% gehören der Thüga AG. Oberbürgermeister Müller ist kraft Amtes Vorsitzender dieser Stadtbetriebe GmbH und soll die Interessen der Stadt in der Gesellschafterversammlung vertreten. Weitere 3 Stadträte sind durch den Stadtrat als Vertreter in diese Versammlung entsandt – haben aber kein Stimmrecht, da mehrheitlich eine Stimmübertragung auf den Oberbürgermeister festgelegt wurde. Sie haben sozusagen nur Dekorationsstatus.

KIK pocht auf Einhaltung der Rechtsvorschriften

Seit Jahren erklärt die KIK-Fraktion dem Obürgermeister, dass sein Abstimmungsverhalten in der Gesellschafterversammlung durch ein Mandat des Stadtrates untermauert sein muss. Die neuesten Rechtsprechungen unterstreichen diesen Standpunkt der KIK.

Nachdem der OB der aktuellen Trinkwasserpreiserhöhung wiederum zustimmte – ohne den Stadtrat vorher zu informieren und zu befragen – sah sich die KIK veranlasst die Rechtsaufsichtsbehörde einzuschalten. Das Ergebnis dieser rechtsaufsichtlichen Überprüfung liegt nun vor.

Das Landratsamt bestätigt darin die Rechtsauffassung der KIK: Der Oberbürgermeister muss vor einem Beschluss, wie hier z.B. der Erhöhung des Wasserpreises, vorher den Stadtrat informieren und dann entsprechend des Ratsbeschlusses bei der Gesellschafterversammlung abstimmen.

Die Frage, die sich daraus ergibt, ist klar: Ist der Beschluss in der LKW Gesellschafterversammlung zur Preiserhöhung nun auf legale Weise zustande gekommen oder nicht?

Diese Frage wird im neuen KIK-Antrag aufgeworfen und der Stadtrat aufgefordert die Umstände zu klären.

Thüga-Juristen kontra Landratsamt

Dem OB geht die Rechtsauffassung des Landratsamtes gewaltig an die Nerven. Er will nicht einsehen, dass seine Vorstellung des allmächtigen Gesellschaftsvorsitzenden nicht rechtens ist. Beratungsresistent wie



er ist, startete er jetzt eine weitere Aktion: Er will, dass die Justitiare der Thüga das Ergebnis der Rechtsaufsicht widerlegen. Aber das wird ihm nicht viel nützen. Die Rechtsauffassung des Landratsamtes wird auch vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband mitgetragen und die Praxis des OB auch von dieser Seite seit Jahren moniert.

Die juristischen Berater im eigenen Haus haben die missliche Situation, in die sich der OB manövriert hat, natürlich erkannt. Aber da hilft weder gutes Zureden noch der dringliche Appell diese Situation zu ändern. Müller will sich in nahezu anarchistischer Weise weiterhin über geltendes Recht hinwegsetzen. Eigentlich kann man da nur den Kopf schütteln: Wenn OB Müller schon nicht gewillt ist, sich in die Materie einzuarbeiten, dann sollte er zumindest so schlau sein und auf seine Fachleute hören, die ihm alle unisono davon abraten, sich an seine Fehleinschätzung zu klammern.

Um es noch einmal klarzustellen: Trinkwasser ist ein öffentliches Gut, die Preise sollen sozial verträglich sein und können den Bürgern nicht einfach aufgebürdet werden. Dem Stadtratsgremium sind deshalb die Gründe für eine Preiserhöhung zu erläutern, die von Seiten des Versorgerunternehmens vorgebracht werden und dann muss das Gremium entscheiden, ob es diesem Vorschlag folgt. Mit diesem Mandat muss dann der OB in die Gesellschafterversammlung gehen und entsprechend abstimmen.

Dass ab März 2014 die rechtlichen Rahmenbedingungen wieder strikt eingehalten werden, dafür steht KD. Christof – Ihr Oberbürgermeisterkandidat!

Öffentliches KIK-Treffen
Jeden Mittwoch um 20:00 Uhr im Bürgerzentrum in der Schranzenstraße 35
Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Studie des Zukunftsrates: »Ein Blick in Bayerns Zukunft. Herausforderungen. Chancen. Handlungsansätze.«
www.bayern.de/Anlage10368780/
BerichtZukunftsrat2011.pdf